

Walter Hallstein: Diplomatische Antriebskraft einer zügigen europäischen Integration



Walter Hallstein 1901 - 1982

Walter Hallstein war der erste Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958–1967). Er war ein überzeugter Europäer, der sich mit viel Engagement für die europäische Einigung einsetzte.

Als Präsident der EWG-Kommission wirkte Hallstein auf die rasche Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes hin. Sein Enthusiasmus und seine Überzeugungskraft förderten die europäische Integration noch über seine Amtszeit hinaus. Während seines Mandates schritt die Integration deutlich voran.

International bekannt wurde Hallstein, der ehemalige Staatssekretär im deutschen Außenministerium, durch die „Hallstein-Doktrin“ der 1950er Jahre, die die deutsche Außenpolitik auf Jahre hinaus prägen sollte. In ihrem Mittelpunkt stand die Verankerung der jungen Demokratie in Westeuropa.

Jugendjahre, frühe Erfahrungen und Kriegserlebnisse

Walter Hallstein wurde am 17. November 1901 als Sohn eines evangelischen Baurats in der südwestdeutschen Stadt Mainz geboren. Nach dem Abitur studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn, Berlin und München. 1925 schloss er sein Studium ab und wurde Assistent eines Professors an der Universität Berlin. 1927 wurde er Prüfer an der Universität Rostock in Norddeutschland, wo er sich 1929 habilitierte. Ein Jahr später wurde er ordentlicher Professor für Privat- und Gesellschaftsrecht, eine Position, die er zehn Jahre lang innehatte. Er wurde zum Experten auf seinem Gebiet, zu einem geachteten Gelehrten und international anerkannten Hochschullehrer. Anschließend wurde er an die Universität Frankfurt a. M. berufen, von wo aus er 1942 trotz seiner Ablehnung des Nationalsozialismus zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach dem Einmarsch der Alliierten 1944 wurde Hallstein als Kriegsgefangener in ein Gefangenenlager in den Vereinigten Staaten gebracht, wo er eine Art Hochschule gründete, um seine Mitgefangenen über ihre Rechte und juristische Fragen allgemein zu unterrichten.

Nach dem Krieg wurde er zum Rektor der Universität Frankfurt a. M. ernannt. 1948 wurde er als Gastprofessor an die Georgetown University berufen. Er war einer der ersten deutschen Gelehrten, die von einer amerikanischen Hochschule eingeladen wurden, und seine Erfahrungen in Amerika bekräftigten seine Überzeugung, dass Deutschland an den internationalen Initiativen zur Stärkung der Bindung zwischen den demokratischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg teilnehmen sollte. Den Beitritt zu internationalen Bündnissen wie der UNO und der NATO hielt er für entscheidend für die Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Hallsteins außerordentliches diplomatisches Geschick, sein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer europäischen Einigung sowie sein Fachwissen und seine praktische Erfahrung führten dazu, dass der damalige deutsche Bundeskanzler Konrad

Adenauer ihn mit der Leitung der Delegation beauftragte, die bei der Schuman-Plan-Konferenz 1950 die Verhandlungen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl führte. In dieser Zeit arbeitete er eng mit seinem französischen Amtskollegen Jean Monnet zusammen. Schnell wurde klar, dass beide den Grundsatz vertraten, dass die europäische Integration eine Voraussetzung für den Aufschwung in Europa darstellt.

1951 berief Adenauer Hallstein als Staatssekretär ins Auswärtige Amt, wo er nicht nur an der Gründung der EGKS mitwirkte, sondern auch am Versuch der Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in deren Rahmen die Haushalts-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik der westeuropäischen Staaten zusammengeführt werden sollten. Darüber hinaus war er in Verhandlungen mit Israel über die Reparationsleistungen an das jüdische Volk involviert und nahm in der Außenpolitik Deutschlands eine bedeutende Rolle ein. Die später als „Hallstein-Doktrin“ bekannte Leitlinie von 1955 besagte, dass Westdeutschland keine diplomatischen Beziehungen mit Staaten aufnehmen würde, die die DDR anerkannten.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Für Hallstein stellte das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 eine große und reale Sicherheitsbedrohung für Deutschland und Westeuropa dar, da die Sowjetunion ihren Einfluss in einem geteilten Europa leichter würde ausweiten können. Deshalb konzentrierte er sich auf den wirtschaftlichen statt auf den politischen Integrationsprozess. So wurde er zu einem überzeugten Verfechter einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Verwirklichung der europäischen Einigung. Die Weichen für diese wirtschaftliche Integration, die den freien Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen ermöglichen sollte, wurden 1955 auf der Konferenz von Messina gestellt. Hallstein befürwortete zunächst eine umfassende und schnellstmöglich durchzusetzende Integration, erkannte jedoch, dass eine schrittweise Verschmelzung der Märkte der Mitgliedstaaten unter den damaligen politischen Umständen allen Beteiligten den größten Vorteil bringen würde. 1958 trat der Römische Vertrag in Kraft, und Hallstein wurde zum ersten Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ernannt.

Präsident der Kommission

Obwohl Hallstein inzwischen erkannt hatte, dass die Integration nicht so rasch herbeigeführt werden konnte, wie er es sich gewünscht hätte, wurde er als Kommissionspräsident zur treibenden Kraft des späteren zügigen Einigungsprozesses. Während seiner Amtszeit, der sogenannten „Hallstein-Ära“, begann er beispielsweise, das europäische Recht zu vereinheitlichen, was sich nachhaltig auf die Gesetzgebung der einzelnen Staaten auswirken sollte. Es liegt auf der Hand, dass er als Verfechter eines föderalen Europa mit einer starken Kommission und einem starken Parlament (um zu verhindern, dass die Union im Vergleich zu einzelstaatlichen Regierungen stets eine untergeordnete Rolle spielen würde) ein Ziel für die Europäische Gemeinschaft verfolgte: die Vision eines geeinten Europa, wie sie im Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 niedergelegt worden war. Der französische Präsident Charles de Gaulle vertrat damals jedoch andere Ansichten: Während nach Hallsteins Meinung ein föderales System vonnöten war, in dem die Einzelstaaten einen Großteil ihrer nationalstaatlichen Kompetenzen an die Union abgeben, glaubte de Gaulle an eine Konföderationslösung, ein „Europa der Einzelstaaten“, in dem mehr Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten verbleiben würden. Verschiedene Differenzen zwischen der französischen Regierung und den anderen Mitgliedstaaten bezüglich Themen, die auf dieser grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit beruhten, führte 1965 zur „Politik des leeren Stuhls“: Frankreich berief für einige Zeit sämtliche Vertreter aus den europäischen Institutionen ab, bevor ein Kompromiss geschlossen wurde.



Hallstein hält 1965 in seiner Funktion als Präsident der Kommission eine Rede in den Niederlanden.

Ohne Hallsteins tatkräftigen Enthusiasmus, sein diplomatisches Verhandlungsgeschick und seine Überzeugungskraft wäre die europäische Einigung während seiner Amtszeit niemals derart rasch vorangetrieben worden.